Senat der Humboldt-Universität beschließt vier Islam-Professuren

11. Juli 2018

Berlin (KNA) Die Berliner Humboldt-Universität (HU) hat mit dem Aufbau des Instituts für Islamische Theologie begonnen. Der Akademische Senat stimmte am Dienstag den vier geplanten Professuren zu. Den Beschluss fassten die Vertreter von Forschung und Lehre, Hochschulmitarbeitern sowie Studierenden ohne weitere Aussprache.

Die Professuren umfassen „Islamische Textwissenschaft (Koran und Hadith)“; „Islamisches Recht in Geschichte und Gegenwart“, „Islamische Religionspädagogik und Praktische Theologie“ sowie „Islamische Philosophie und Glaubensgrundlagen“.

In der Kommission zur Besetzung der Professuren übernimmt die Philosophische Fakultät die Federführung. Je nach deren Fachrichtung der vier Stellen werden auch Vertreter anderer Fakultäten mitwirken, etwa HU-Juristen bei der Professur für Islamisches Recht. Überdies sind zwei weitere Professuren beim Bundesministerium für Bildung und Forschung beantragt. Es wird das sechste IslamInstitut an einer deutschen Universität. Der Studienbetrieb soll zum Wintersemester 2019/20 beginnen.

Umstritten ist weiterhin der geplante Beirat des Instituts. Er entscheidet ähnlich wie die Kirchen in den theologischen Fakultäten und Instituten an staatlichen Universitäten bei Berufungen und Studienordnungen mit. Im Beirat werden drei muslimische Verbände vertreten sein, die für eine konservative Auslegung des Islam stehen.

Gegner dieses Modells wie Studierendenvertreter der HU fordern, auch liberale muslimische Organisationen aufzunehmen. Die Kritik verstärkte sich, als Vertreter der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands, einer der drei im Beirat mitwirkenden Verbände, laut Medienberichten an einer israelfeindlichen und antisemitischen Demonstration teilnahmen. Die Menschenrechtsanwältin und Moschee-Gründerin Seyran Ates kündigte an, ein liberales Islam-Institut gründen zu wollen. Es solle aus der von ihr vor einem Jahr gegründeten Ibn-Rushd-Goethe-Moschee heraus entstehen.

Der Berliner Senat und die Humboldt-Universität verteidigen das Beiratskonzept mit dem relativ stärkeren Rückhalt der konservativen Verbände in der muslimischen Community. Das Institut hat vor allem die Aufgabe, Imame und Religionslehrer auszubilden, die bislang zumeist aus dem Ausland kamen. Die Gründer betonen, später könnten auch liberale Islam-Vertreter in den Beirat berufen werden.

(KNA – skrlk-89-00133)

Stand: 23. November 2026